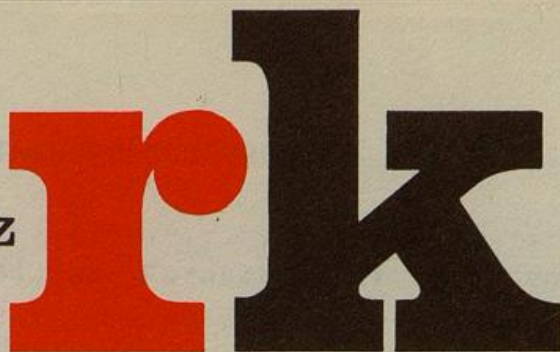


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 18. Oktober 1984

Blatt 2362

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Verstärkte Rehabilitation in der Neurologie

Kommunal:
(rosa)

Pensionistenrendezvous im Volkstheater
Verbesserte Verkehrssituation im AKH
Vorarbeiten für U-Bahn-Station Volkstheater
Modernisierung der Pflegeheime
Verkehrsbetriebe springen für ÖBB ein
Ehrenzeichen für neun Freiheitskämpfer
Zilk: Böhmischer Prater gerettet
FPö: Wien für Sondermüll aus anderen Bundesländern
schließen
Neues Naturschutzgesetz: vom Arten- zum
Biotopschutz
Grundsteinlegung für Wiens 25. Pensionistenheim

Politik:
(rosa)

Mayr: Investitionsschub für die Ostregion
Busek: Kontrollamtsbericht über EBS ist
unzulänglich

Lokal:
(orange)

200 Jahre Pfarre Hetzendorf

Nur

über FS: 17.10. Der Storch kam im Sanitätswagen
18.10. Partnerschaft zwischen Länderbank und
Kommandobataillon

.....
Bereits am 17. Oktober 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Verstärkte Rehabilitation in der Neurologie (1)

=++++

13 #Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die Rehabilitation, und hier im besonderem die Rehabilitation neurologischer Patienten, soll künftig durch die Schaffung eigener Rehabilitationsabteilungen in bestehenden Schwerpunktkrankenhäusern verbessert werden. Dies war das wesentlichste Ergebnis einer am Mittwoch abgehaltenen Enquete über "Rehabilitation in der Neurologie". Im Rahmen dieser Veranstaltung, zu der Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eingeladen hatte, wurden medizinische, sozialrechtliche und organisatorische Probleme der Rehabilitation von neurologischen Patienten erörtert. Nach übereinstimmender Meinung sollte nach Schlaganfällen, Unfällen und sonstigen neurologischen Erkrankungen möglichst frühzeitig mit einer Rehabilitation begonnen werden.#

Zwtl.: Gemeinsam mit der Sozialversicherung

Der Gesundheitsstadtrat wies in seinen Ausführungen unter anderem darauf hin, daß gegenwärtig in Österreich entsprechende Rehabilitationseinrichtungen für den neurologischen Patienten - im Gegensatz zum Unfall- bzw. Herzinfarktpatienten - fehlen. Stacher sprach sich für die Schaffung eigener Rehabilitationsabteilungen in bestehenden Krankenanstalten gemeinsam mit der Sozialversicherung aus. Der Vorteil: Die bereits vorhandenen medizinischen Einrichtungen könnten im Rahmen der Rehabilitation genutzt werden. Seiner Meinung nach sollte aber auch die Rehabilitation stärker als bisher in die medizinische Ausbildung integriert werden. (Forts.)
zi/ko

NNNN

.....
Bereits am 17. Oktober 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Verstärkte Rehabilitation in der Neurologie (2)

Utl.: Rolle der Familie wichtig

=++++

14 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dr. Kurt Alphons
JOCHHEIM, Leiter des Rehabilitationszentrums Köln, betonte in seinen
Auführungen, es sei nötig, daß der Patient bei seiner Rehabilitation
mithilft und unterstrich ferner die Rolle der Familie des
betroffenen Patienten. Seiner Meinung nach ist die Versorgung von
Patienten nach Verkehrsunfällen mit Hirnschäden bzw. nach
Schlaganfällen derzeit keineswegs als ausreichend zu bezeichnen.
Einer deutschen Erhebung zufolge entfällt ein Viertel aller
Schädelverletzungen auf Kinder und ein weiteres Viertel auf
jugendliche Patienten.

Zwtl.: Verkehrsunfälle: 70 Prozent Schädelverletzungen

Primarius Univ.-Prof. Dr. Erich SCHERZER vom
Rehabilitationszentrum Meidlung der Allgemeinen
Unfallversicherungsanstalt wies im Rahmen der Enquete auf den
starken Anteil jener Patienten hin, die bei motorisierten
Straßenverkehrsunfällen Schädelverletzungen erleiden: Neusten
Erhebungen zufolge sind dies bis zu 70 Prozent. (Schluß) zi/ap

NNNN

Pensionistenrendezvous im Volkstheater

=++++

1 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Rund 8.500 Pensionisten - Pensionistenklubbesucher und Teilnehmer an der Urlaubsaktion der Gemeinde Wien - werden sich in den nächsten Wochen über Einladung der Stadtverwaltung zu einem Rendezvous im Volkstheater treffen. Aufgeführt wird das Lustspiel "Das Konzert" von Hermann BAHR. Die Vorstellungen finden am 19., 22., 23., 29. und 30. Oktober, sowie am 6., 7., 12. und 16. November statt, Beginn ist jeweils um 15 Uhr. #

In diesem Jahr konnten insgesamt rund 4.200 Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher mit kleineren Pensionen einen 14tägigen Aufenthalt im Rahmen der Urlaubsaktion der Gemeinde Wien verbringen. Wiens Pensionistenklubs - 184 Klubs sind seit 8. Oktober geöffnet - wurden in der vergangenen Betriebsperiode von über 15.000 älteren Wienerinnen und Wienern besucht. (Schluß) zi/ko

NNNN

Verbesserte Verkehrssituation im AKH

=++++

2 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrssituation auf dem Areal des Allgemeinen Krankenhauses hat sich erfreulicherweise gebessert. Unmittelbare Ursache dafür dürfte, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde mitteilte, die angekündigte Abschlepp-Aktion aller falsch geparkten Kraftfahrzeuge gewesen sein. Die am Montag begonnene "Aktion scharf" hatte zur Folge, daß in den vergangenen drei Tagen kein PKW mehr verkehrswidrig geparkt worden ist. In den vergangenen Wochen war mit Tafeln bzw. durch Flugblätter auf diese Aktion hingewiesen worden.#

Der Gesundheitsstadtrat gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dieses disziplinierte Verhalten der Kraftfahrer weiter anhalten und damit die bisherige "Verkehrsmisere" vermieden werde. Unabhängig davon werden im Rahmen einer Schwerpunktaktion auch in nächster Zeit "neuralgische Bereiche" im Areal des Allgemeinen Krankenhauses kontrolliert. Wenn notwendig, werden falsch geparkte PKW abgeschleppt. Ebenso wird die begonnene Information durch Hinweistafeln und Flugblätter fortgesetzt werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Vorarbeiten für U-Bahn-Station Volkstheater

=++++

3 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Als eine der Vorarbeiten für die Errichtung des künftigen Stationsbauwerkes Volkstheater der U-Bahn-Linie U 3 beginnen nächste Woche die Arbeiten zur Herstellung der neuen Haltestelleninsel vor dem Parlament für die Ringlinien in Richtung Oper. Man kann dann vom Schmerlingplatz nicht mehr nach links zum Dr.-Karl-Renner-Ring einbiegen; der Schmerlingplatz wird neben dem Parlament zur Sackgasse. Weitere Vorarbeiten der Gaswerke, der Elektrizitätswerke, der Verkehrsbetriebe und der Kanalbauer laufen bereits oder beginnen in den nächsten Wochen.#

Ab Mitte Dezember halten die Ringlinien in Richtung Oper dann vor dem Parlament und die Straßenbahnlinien "46" und "49", die eine neue Gleisschleife erhalten, an der Seite des Parlaments. Auf der Kreuzung des Schmerlingplatzes (verlängerte Volksgartenstraße) mit dem Ring wird eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen.

Ab Mitte März wird ein Teil der Bellariastraße für den Individualverkehr gesperrt. Man kann dann vom Ring hier nicht mehr links einbiegen, sondern erst wieder bei der Stadiongasse. Stadteinwärts wird es eine Umleitung von der Bellariastraße über die Hansenstraße und den Schmerlingplatz (verlängerte Volksgartenstraße) zum Dr.-Karl-Renner-Ring geben. (Schluß) sc/ko

NNNN

Mayr: Investitionsschub für die Ostregion (1)

Utl.: Hochleistungsstrecke Westbahn, Semmering-Tunnel

=++++

4 #Wien, 18.10. (RK-POLITIK) Für einen Investitionsschub in der Ostregion trat Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch abend in einem Pressegespräch ein, bei dem er ein gemeinsam mit Mag. Karl SEITLINGER verfaßtes Taschenbuch "Das zweigeteilte Österreich" vorstellte. Es war richtig, so Mayr, daß der bis 1938 vorwiegend agrarische Westen Österreichs in den letzten Jahrzehnten durch staatliche Maßnahmen seine Infrastruktur stark verbessert hat. Nun wäre es jedoch Zeit, die in vielen Punkten veraltete Infrastruktur der ostösterreichischen Bundesländer auf den neuesten Stand zu bringen.#

Die vom Bund und den Ländern herbeigeführte Konsolidierung der Budgets und der sich abzeichnende Wirtschaftsaufschwung würden es erlauben, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein umfangreiches Investitionsprogramm in der Ostregion zu starten. In erster Linie sollte die geographische Randlage der Ostregion durch den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrseinrichtungen abgebaut werden. Die Westbahn müßte zwischen Salzburg und Wien zu einer Hochleistungsstrecke ausgebaut werden, ebenfalls die Südbahn: Kernstück sollte der Bau eines Semmering-Basis-Tunnels sein. Das ostösterreichische Autobahnnetz wäre weiter auszubauen. In Wien müßten umweltschonende Lösungen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Verkehrslärm getroffen werden. Als weiteres Milliardenprojekt bezeichnete Mayr die Stadterneuerung, durch die ein vollwertiges Wohnen in der Stadt geschaffen werden müßte. Schließlich sollte der Verkehrsverbund Ostregion schnellstens auf Autobuslinien ausgedehnt werden. (Forts.) sei/ap

NNNN

Mayr: Investitionsschub für die Ostregion (2)

Utl.: Mayr spricht sich gegen "Zwei-Drittel-Gesellschaft" aus
=++++

5 Wien, 18.10. (RK-POLITIK) Vizebürgermeister Mayr griff den niederösterreichischen Landeshauptmann LUDWIG scharf an, der noch immer von einer eigenen Landeshauptstadt und Verwaltungs-City träumt. Mayr: "Bei den Sorgen, die den Ostösterreicher Ludwig plagten, können sich die Westösterreicher ins Fäustchen lachen. Es wäre Verschwendung, auf der grünen Wiese eine reine Verwaltungsstadt aufzubauen. Viel sinnvoller wäre die Verwirklichung eines modernen Infrastrukturprogramms für die Ostregion."

Neben dem Investitionsprogramm könnte auch das Aufgreifen der neuen Technologien und die Arbeitszeitverkürzung die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Vollbeschäftigungspolitik bieten, betonte Mayr. In Wien gehe man nach dem Grundsatz "Strukturpolitik statt Versteinerung" vor. Daher werde man die Einführung neuer Technologien fördern. Diese werden jedoch auch zu einer wesentlich höheren Produktivität führen, und daher wird es notwendig sein, die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn man nicht eine "Zwei-Drittel-Gesellschaft" haben möchte. Niemand kann, so Mayr, daran interessiert sein, daß zwei Drittel der Menschen einen Arbeitsplatz haben und gut leben, während das restliche Drittel an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird. Österreich braucht in der Frage der Arbeitszeitverkürzung sicher nicht den Vorreiter zu spielen, wird aber auch nicht der Letzte sein dürfen.

#Das Taschenbuch "Das zweigeteilte Österreich" wird österreichweit an Meinungsbildner in Politik und Wirtschaft verschickt. Es kann ebenso kostenlos bei der Stadtinformation im Wiener Rathaus, 1082 Wien, Tel. 43 89 89, bezogen werden.#
(Schluß) sei/ko

NNNN

200 Jahre Pfarre Hetzendorf

=++++

6 #Wien, 18.10. (RK-LOKAL) Der 200jährigen Geschichte der Pfarre Hetzendorf bzw. der 75jährigen Geschichte der Rosenkranzkirche ist eine Ausstellung gewidmet, die morgen, Freitag, um 19 Uhr im Bezirksmuseum Meidling, 12, Kobingerasse 7 von Museumsleiter Dr. Walter LÖHNERT eröffnet wird. Die Ausstellung ist bis 4. November 1984 jeweils sonntags von 10 bis 12 Uhr geöffnet.#
(Schluß) zi/ap

NNNN

Modernisierung der Pflegeheime

Utl.: Schaffung kleinerer Krankenzimmer

=++++

7 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) In den städtischen Pflegeheimen konnten durch gezielte Maßnahmen die früher bestehenden großen Krankensäle abgeschafft werden. Heute gibt es nur mehr im Pflegeheim Lainz drei Säle, die jedoch im kommenden Jahr in kleinere Krankenzimmer umgewandelt werden. Dies teilte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend bei seiner Gesundheitspolitischen Presserunde mit. #

Die Adaptierung und Modernisierung der städtischen Pflegeheime zählt in den letzten Jahren zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung. Die Ausstattung der Krankensäle wurde ständig verbessert. Durch Unterteilungen werden kleinere Krankenzimmer geschaffen. Vor fünf Jahren gab es im Pflegeheim Lainz noch 19 Säle mit 14 bis 22 Betten. Im kommenden Jahr werden auch diese unterteilt. Im Pflegeheim Lainz gibt es dann nur noch Krankenzimmer mit zwei bis höchstens acht Betten.

Zwtl.: Über 400 Millionen Investitionen

Für die Modernisierung der städtischen Pflegeheime wurden von 1979 bis 1983 417,8 Millionen Schilling aufgewendet. Neben Vorhängen und Spannteppichen, bunter Bettwäsche und TV-Geräten bekamen in den vergangenen Jahren die gehfähigen Patienten in den Pflegeheimen eine neue Bekleidung.

Zwtl.: Kostenbeiträge zum Pflegegeld

Die Stadtverwaltung leistet auch bei einer Reihe privater Pflegeheime (Haus der Barmherzigkeit, Caritas usw.) Kostenbeiträge zum Pflegegeld. Dafür wurden 1983 allein 98 Millionen Schilling ausgegeben.

Zwtl.: Besucherbus ins Pflegeheim

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher berichtete auch über eine neue Serviceeinrichtung für die Besucher des städtischen Pflegeheimes in St. Andrä an der Traisen, in Niederösterreich. Jeden zweiten Sonntag fährt vom Amtshaus 1., Schottenring 24, jeweils um 9 Uhr, ein Bus nach St. Andrä. Im August und September haben von dieser Möglichkeit bereits 60 Personen Gebrauch gemacht. Damit wird es den Angehörigen von Pflegeheimpatienten erleichtert, diesen einen Besuch abzustatten. (Schluß) zi/ko

Verkehrsbetriebe springen für ÖBB ein

=++++

8 Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Die Schnellbahn muß wegen Bauarbeiten an der Nordbahnbrücke am Freitag, dem 26. und am Samstag, dem 27. Oktober zwischen den Bahnhöfen Floridsdorf und Meidling eingestellt werden. Die Wiener Verkehrsbetriebe werden für die ÖBB einspringen und zwischen Floridsdorf (Franz-Jonas-Platz) und Praterstern einen Schnellbahn-Ersatzverkehr mit Straßenbahngarnituren einrichten.

Diese Garnituren werden als Dachsignal eine weiße Scheibe verwenden und in den Fenstern mit dem Schnellbahnzeichen gekennzeichnet sein. Sie werden die Gleise der Linien "31", "N" und "1" benützen.

Alle Fahrausweise, die für diesen Streckenteil der Schnellbahn Gültigkeit haben, gelten auch auf der Schnellbahn-Ersatzlinie und auf den Schnellbahn-Parallellinien. Als solche werden die Linien "0", "18", "31", "32", "62" und die U 1 angeboten. Auch auf allen anderen Linien, die indirekt als Ausweichmöglichkeit für die Schnellbahn zwischen Floridsdorf und Meidling in Frage kommen, werden diese Ausweise anerkannt. Die Kurzstreckenbereiche der Schnellbahn (zwei Stationen - eine Kurzstrecke) werden auf der Ersatzstrecke sinngemäß angewendet. Das Fahrpersonal der Verkehrsbetriebe wurde angewiesen, den Fahrgästen Auskunft über die bestehenden Verbindungs- und Umsteigemöglichkeiten zu geben. (Schluß) roh/gg

NNNN

Ehrenzeichen für neun Freiheitskämpfer

=++++

9 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Im Steinernen Saal des Wiener Rathauses überreichte Donnerstag Personalstadtrat Friederike SEIDL Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs an neun Freiheitskämpfer. In zwei Fällen wurde diese vom Bundespräsident posthum verliehene Auszeichnung den Witwen überreicht.

Die Geehrten sind: Leopold GANKO, Univ.-Prof. Dr. Alfred SCHNEIDERBAUR, Erich HARTMANN, Oskar WIESFLECKER, Kurt PHILIPP, Friederike WENZ, Professor Dr. Lucian O. MEISELS, Dr. Bernhard BIRK (posthum) und Stefan MORRENTH (posthum).#

Stadtrat Seidl dankte den Geehrten für den Einsatz und den Mut, mit dem sie sich unter anderem als Mitglieder von Untergrundbewegungen oder als Angehörige einer fremden Wehrmacht für die Freiheit Österreichs während des nationalsozialistischen Regimes eingesetzt haben. (Schluß) lei/gg

NNNN

Zilk: Böhmischer Prater gerettet

=++++

10 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Auf Einladung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fand Mittwoch nachmittag in Anwesenheit von Vizebürgermeister Finanzstadtrat Hans MAYR und Umweltstadtrat Helmut BRAUN ein Gespräch mit der Geschäftsführung der Universale Baugesellschaft unter der Leitung von Generaldirektor Dr. Josef VLCEK über die Zukunft des Böhmischen Praters statt. Dabei wurde vereinbart, daß die Stadt Wien in etwa einem Jahr die im Besitz der Universale befindlichen Grundstücke des Böhmischen Praters kaufen wird. #

Ferner wurde vereinbart, daß die Universale die bestehenden Pachtverträge in der derzeitigen Form bis 31. Dezember 1985 verlängert. Bis dahin wird die Stadt Wien bereits Grundeigentümer sein und alles tun, um den Charakter des Böhmischen Praters aufrecht zu erhalten. "Damit ist der Böhmische Prater gerettet", erklärte Bürgermeister Dr. Helmut Zilk nach der Sitzung. (Schluß) rö/gg

NNNN

Busek: Kontrollamtsbericht über EBS unzulänglich

=++++

11 Wien, 18.10. (RK-POLITIK) öVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK kritisierte am Donnerstag in einem Pressegespräch den Kontrollamtsbericht zur EBS als unzulänglich. Es sei nicht geklärt worden, sagte Busek, wie der Manager Mayerhofer zu den Geschäftsbeziehungen über die Altölverbrennung mit den EBS gekommen sei. Busek stellte weiters fest, daß auch die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage sein werde, die politische Verantwortung zu klären.

Unklar bleibt nach Busek die Frage der politischen Verantwortung. In diesem Zusammenhang warf Busek Bürgermeister Dr. Helmut ZILK vor, in Sachen EBS eine erste Niederlage auf Etappen erlitten zu haben. Zilk sei nicht in der Lage, den "Stall auszumisten", ja er könne sich nicht einmal mit der Forderung durchsetzen, daß der für die EBS verantwortliche Beamte zumindest versetzt wird. (Schluß) fk/gg

NNNN

FPÖ: Wien für Sondermüll aus anderen Bundesländern schließen
=++++

12 Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Die EBS mögen ab Anfang kommenden Jahres keinen Sondermüll aus anderen Bundesländern mehr annehmen, bis eine österreichweite Einigung in der Frage Sondermülldeponie erzielt sei. Das forderte der freiheitliche Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ Donnerstag in einem Pressegespräch. Wie der FPÖ-Gemeinderat weiter betonte, begrüße die FPÖ die Sanierung der Müllverbrennungsanlagen, jedoch müsse geklärt werden, was mit den jährlich 20.000 Tonnen Hochgiftkonzentrat geschieht, die bei der Rauchgaswäsche anfallen.

Die FPÖ verlangt außerdem eine gemischte Kommission, die sich aus Vertretern der Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien zusammensetzt und die Öffentlichkeit regelmäßig über den Stand der Sanierungsarbeiten zur Rettung des Wienerwaldes informieren soll.

Pawkowicz kündigte außerdem an, daß die FPÖ das neue Wiener Naturschutzgesetz in der morgigen Landtagssitzung ablehnen wird. Kritik übte der freiheitliche Mandatar dazu unter anderem an der Zusammensetzung des Naturschutzbeirats, an der Naturschutzanwaltschaft, die nach Meinung der Freiheitlichen nicht entsprechend im Gesetz vorgesehen ist und an der Funktion der Naturwacheorgane, die - wie weite Teile des Gesetzes - an einen Obrigkeitsstaat erinnerten. (Schluß) hs/gg

NNNN

Neues Naturschutzgesetz: vom Arten- zum Biotopschutz

=++++

13 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) "Ich bedaure die ablehnende Haltung der Oppositionsparteien zum neuen Wiener Naturschutzgesetz. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß es sich nicht um ein obrigkeitstaatliches Gesetz handelt, sondern im Gegenteil um eines, das den Übergang vom passiven zum aktiven Naturschutz vollzieht": das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Das neue Gesetz gebe dem Biotopschutz zeitgemäß den Vorrang, um den Lebensraum der gefährdeten Natur zu erhalten, sagte Braun. Es reiche zum Beispiel nicht, allein eine Tier- oder Pflanzenart unter Schutz zu stellen, jedoch ihren Lebensraum nicht zu erhalten und so erst wieder Zahl der Art zu verringern oder überhaupt das Vorkommen zu gefährden. Wenn etwa der Specht, so wie jetzt, unter Schutz steht, aber keine Nistmöglichkeiten mehr findet, weil es keine alten Bäume mehr gibt, oder keine Nahrung, weil die Insekten stetig reduziert werden, so wird der Fortbestand des Spechts dennoch gefährdet sein.

Auch Wiederherstellung, Sicherheitsleistung usw. sind moderne Bestimmungen, die helfen sollen, Ge- und Verbote oder Auflagen des Naturschutzes durchzusetzen.

Was die Geheimhaltungsmöglichkeit betrifft, so ist dies keine Erfindung der Umweltautorität, sondern eine in der Bundesverfassung Artikel 20, Absatz 3, festgelegte Bestimmung. Damit sind alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- oder Gemeindeverwaltung betrauten Organe, soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist, zur Verschwiegenheit über Angelegenheiten ihrer amtlichen Tätigkeit verpflichtet. Damit ist auch die Geheimhaltungspflicht, wenn sie im Interesse von Gebietskörperschaften oder Parteien (natürlich nicht politische Parteien, sondern Antragsteller usw.) geboten ist, festgelegt.

Auch sollen die Naturwacheorgane nicht Polizeifunktionen erhalten - "das wird von mir ausdrücklich abgelehnt", betonte Braun - sondern vor allem aufklärend wirken und Verständnis für den Umweltschutz erwecken. Nur im Notfall sollen sie die Polizei verständigen. Sie sind auch nicht berechtigt, Fahrzeuge zu beschlagnahmen, können sie aber nach Gegenständen, die für verfallen erklärt werden können, durchsuchen.

Zwtl.: Sondermülldeponie dringend notwendig

Wie bereits mehrmals erklärt, halte er eine österreichweite Lösung zur Frage Sondermülldeponie für dringend notwendig, betonte Braun weiter. Sicher könne Wien nicht Endstation für den gesamten in Österreich anfallenden Müll werden. Entsprechende Initiativen zu Gesprächen wurden bereits ergriffen, schloß Braun. (Schluß) hs/gg

Grundsteinlegung für Wiens 25. Pensionistenheim

Utl.: Neues Pensionistenheim für den 7. Bezirk

=++++

15 #Wien, 18.10. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für ein neues Pensionistenheim im 7. Bezirk, Schottenfeldgasse 25, legte Donnerstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gemeinsam mit Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Das neue Pensionistenheim - es ist bereits das 25. Heim, das durch das Kuratorium Wiener Pensionistenheime errichtet wird, wird nach seiner Fertigstellung insgesamt 258 betagten Wienerinnen und Wienern in 208 Einzelappartements und 25 Ehepaarwohnungen Platz bieten. Darüberhinaus wird auch eine Betreuungsstation mit 32 Betten eingerichtet. Neben einer Bibliothek, Hobbyräumen, Fernsehräumen, einer Sauna und Möglichkeiten Gymnastik zu betreiben, wird das neue Pensionistenheim auch über einen großen und einen kleinen Veranstaltungssaal verfügen. Die voraussichtlichen Kosten des nach Plänen der Architekten Proksch, Assermann und Holtermann vom Sozialbau errichteten Heimes werden sich auf etwa 235 Millionen Schilling belaufen. #

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk unterstrich die Bedeutung der durch das Kuratorium errichteten Pensionistenheime, die den älteren Mitbürgern dieser Stadt die Möglichkeit bieten in würdiger Form und unter optimalen Voraussetzungen ihren Lebensabend zu verbringen. Das Modell der Wiener Pensionistenheime, das sowohl im In- als auch im Ausland große Anerkennung gefunden hat, ist mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden, erklärte der Bürgermeister. Seitens der Stadtverwaltung sei die Errichtung derartiger Pensionistenheime eine Verpflichtung gegenüber der älteren Generation und ein Dank für deren Tätigkeit bzw. deren Mithilfe am Wiederaufbau der Stadt. (Schluß) zi/gg

NNNN